

Gespräche über *Race, Class, Gender* in Israel/Palästina

Maximilian Busch

Der vorliegende Artikel beschreibt die Erlebnisse auf einer Bildungsreise nach Israel und Palästina im Frühjahr 2015. Die Reise hat einerseits besatzungskritische Perspektiven in progressiven israelischen und palästinensischen Organisationen nähergebracht und andererseits sehr deutlich die Verschränkung von Konflikt- und Sexualpolitik aufgezeigt. Wir gewannen dabei Einsichten in die Geschlechterverhältnisse, die LGBT-Rechte und -Konflikte und feministische Kämpfe beider Länder. Da die Reise von der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung ausgerichtet wurde, war vielerorts die Perspektive eine sozialpolitisch linke. Das Programm der Reise beinhaltete vor allem den Dialog mit Akteur_innen bzw. Vertreter_innen von lokalen Organisationen. Die Wiedergabe der Gespräche und Situationen ergibt sich aus meiner eigenen Wahrnehmung und meinen Aufzeichnungen. Da der Ablauf der Reise bereits weitgehend thematisch strukturiert war, hält sich auch der Bericht an die Reihenfolge der Begegnungen.¹

¹ Obwohl ich alleiniger Autor bin, beschreibe ich viele der Gruppensituationen im Plural. Auch auf die Gefahr hin zu verallgemeinern, war es mir wichtig die Stimmung in der Gruppe zu reflektieren. Da wir zwischen den Programmpunkten meist Wegstrecken zu Fuß oder mit dem Bus zurücklegten, bestand genug Raum für eine gemeinsame Bewertung dessen, was wir erlebt hatten. Aufgrund dessen habe ich mich entschieden die Grundstimmung zu den

LGBT in Israel

Gender, Religion, War and Conflict in the Middle East war der umfangreiche Titel der Bildungsfahrt, in deren Rahmen ich mit einer Gruppe von 16 Personen Israel und Palästina bereiste. Die Gruppe bestand aus Studierenden mit Gender-Schwerpunkt, also Geistes- und Sozialwissenschaftler_innen, und unserer Reiseleiterin von der Hans-Böckler-Stiftung². Mit dem Ziel, mehr über die Themenkomplexe Religion, Gender, Krieg und Konflikt in der Region zu erfahren, flogen wir im Frühjahr 2015 nach Israel³.

Nach unserer ersten und erstaunlich kalten Nacht in Tel Aviv stärkte sich, wer früh genug war, am israelischen Frühstück. Dabei stieß Christoph Paesen vom Willy Brandt Center zu uns. Er sollte uns von da an begleiten. Die Friedensfachkraft arbeitete bereits seit mehreren Monaten in Jerusalem und kannte sowohl die israelischen Städte als auch die queere Szene recht gut. Wir sammelten uns und brachen zu Fuß zum nahegelegenen *LGBT Community Center Tel Aviv* auf. Es ist weltweit das einzige städtisch betriebene Gemeindezentrum für sexuelle Minderheiten. Auf der Terrasse des dazugehörigen Cafés trafen wir Yuwal Egert, den Leiter des Zentrums. Er stellte uns die Arbeit des Community Centers vor, welche vor allem Beratung, Selbsthilfe und Kultur beinhaltet. Yuwal ist der einzige hauptamtliche Mitarbeiter und ein Großteil der Arbeit wird von Freiwilligen getragen.

Im Gespräch gab uns Yuwal zunächst eine Übersicht über die generelle Situation von queer lebenden Personen in Israel. Manches war uns freilich schon bekannt, z.B. der Umstand, dass Israel als das einzige queerfreundliche Land im Nahen Osten gilt. Neu war – zumindest für mich –, dass die weitgehenden LGBT-Rechte nicht etwa auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhen, sondern in den meisten Fällen auf Initiative von Aktiven

Programmpunkten zu beschreiben und nur dann ein komplexeres Bild der Lage zu zeichnen, wenn ein Dissens in der Gruppe bestand.

² Der HBS gilt ganz besonderer Dank für die organisatorische und finanzielle Ermöglichung dieser Reise.

³ Der inhaltlichen Fokussierung zuliebe beschränkt sich dieser Bericht auf jene Gespräche, die dem Themenkomplex Gender/Religion/War am nächsten liegen.

und Betroffenen von den Gerichten formuliert werden. In den Knesset-Wahlen 2015 war das Thema erstmalig sichtbarer Bestandteil des Wahlkampfs. Nicht-heterosexuelle Ausrichtungen sind für die israelische Rechte nicht nur Verletzung bestehender Konventionen, sie gefährden in ihren Augen das zionistische Projekt, deren Keimzelle nur die Familie sein könne. Yuwal zeichnete ein Bild von der umkämpften Vision eines jüdischen Israels, bei dem immer neu ausgehandelt werde, ob es links oder rechts, heteronormativ oder liberal, säkular oder religiös sei.

Schnell wurde uns auch klar, dass wir uns im Zentrum dieser Konflikte befanden. Tel Aviv wird auch „the Bubble“ genannt, weil es im Vergleich zum Rest des kleinen Landes einzigartige Lebensbedingungen für queere Menschen bietet. Der von der Reiseindustrie⁴ dankbar aufgegriffene Slogan des „Gay Paradise“ fußt auf der großen und selbstbewussten Community in Tel Aviv. Im Umland gestaltet sich ein queeres Leben ungleich schwieriger, so Yuwal. In Jerusalem und Haifa existieren zwar kleinere Szenen, ein offen queeres Auftreten kann hier aber viel eher zu Problemen führen. Deutlich schlechter sieht die Situation dementsprechend in den religiösen Vierteln, den Siedlungen und auf dem Land aus. Homosexuellen orthodoxen Jüd_innen bietet das Zentrum Gesprächsgruppen, in denen diese versuchen mit den Widersprüchen, die sich für sie ergeben, umzugehen.

Wir fragten nach und wollten wissen, ob es eine Zusammenarbeit von Aktivist_innen aus Israel und Palästina gäbe. Erstaunt schaute Yuwal uns an und winkte ab: „They have their struggle and we have ours.“ Das Sie und das Wir des Besatzungskonflikts waren also stärker als das Wir der queeren Community. Dennoch wusste Yuwal einige Dinge über Palästina zu berichten: So gab es in Ost-Jerusalem⁵ vor der zweiten Intifada eine kleine

⁴ Zur Rolle der schwul-lesbischen Reiseindustrie bei der Konstitution dessen, was Jasbir Puar *Homonationalism* nennt, sei hier der Artikel *Mapping US Homonormativities* empfohlen. Puar argumentiert hier, die Emphase des *trotzdem Reisens* nach 9/11 sei Indiz einer neuen Integrationskraft des US-Nationalismus, welche neue Ausschlüsse gegen nichtweiße queere Subjekte erzeuge (Jasbir Puar: *Mapping US Homonormativities*. In: *Gender, Place and Culture*. Vol. 13, No. 1 (2006), S. 67-88).

⁵ Die Stadt unterliegt einer der kompliziertesten Teilungen der Welt. Die palästinensischen Gebiete sind in A (zivile und militärische Kontrolle durch die palästinensische Autonomiebehörde (PA)), B (zivile Kontrolle durch PA, militärische Kontrolle durch die israelische Armee (IDF)) und C (zivile und militärische Kontrolle durch Israel) aufgeteilt.

Schulenszene mit Bars und Veranstaltungen. Diese verschwand jedoch laut Yuwal mit der Repression und Ermordung ihrer Protagonisten durch die erstarkende Hamas.

In einem späteren Gespräch mit einer langjährig aktiven Feministin erfuhren wir, dass auch Feminismus in Israel, wie vielerorts, eine Angelegenheit weißer⁶, privilegierter Frauen gewesen sei. Feministische Arbeit habe vor allem aus Patriarchatskritik und der Forderung nach weiblicher Teilhabe bestanden. Erst nach und nach öffnete sich der Feminismus und sei in der Lage intersektionale Perspektiven zu integrieren, die der Heterogenität der israelischen Gesellschaft gerecht werden.

Gentrifizierung in Jaffa

Tel Aviv ist gerade ein Jahrhundert alt. Zuvor galt es als ein Vorort von Jaffa, einer der ältesten Städte der Welt. Die beiden sind kurz nach der Staatsgründung Israels vereint worden. Jaffa beherbergt bereits seit Jahrtausenden verschiedene Völker und war dabei schon immer etwas metropolitisch als die umliegenden Städte. Vor der Staatsgründung Israels war es überwiegend von Muslimen bevölkert, von denen ein Großteil jedoch nach der Einnahme durch israelische Milizen 1948 floh bzw. vertrieben wurde. Auch heute noch ist Jaffa Schauplatz von Verdrängungskämpfen.

Wir trafen uns am Montag früh mit einer Professorin für Geschichte und Vertreterin des *Popular Housing Committees* (PHC), welches sich gegen die Gentrifizierung der Stadt einsetzt. Gemeinsam gingen wir durch die Altstadt und erfuhren vieles über Geschichte und Gegenwart von Jaffa. Die historische Hafenstadt erstreckt sich terrassenförmig über der Küste und von vielen Punkten aus hat man eine beeindruckende Aussicht auf das

⁶ Die ethnischen Trennlinien verlaufen im Einwanderungsland Israel deutlich komplexer, als es der Begriff *weiß* zu beschreiben vermag. Noch vor der Staatsgründung haben sich die Aschkenasim, aus Europa und Russland stammende Juden, als politisch und ökonomisch hegemonial etabliert. Auch diese Gruppe teilt sich jedoch in Aschkenasim der zweiten bzw. dritten Generation und eine Million Menschen, die erst nach dem Zerfall der Sowjetunion einwanderten. Letztere haben, obwohl häufig gebildet bzw. gut ausgebildet, schlechtere Chancen auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt. Die Jüd_innen aus der Region, die Mizrachim, haben in vielen Fragen das Nachsehen. Eine weitere unterprivilegierte Gruppe stellen die Sephardim dar, die nach der Vertreibung aus Spanien in Nordafrika ansässig wurden. Mit teilweise offenem Rassismus begegnet die israelische Gesellschaft den Falasha, aus Äthiopien eingewanderten Jüd_innen.

Mittelmeer. Die idyllische Lage und die Nähe zu Tel Aviv machen gerade die Altstadt von Jaffa für Immobilienentwickler_innen attraktiv. Da dort kaum unbebauter Grund vorhanden ist, müssen für neue, lukrative Projekte die bestehenden Wohnhäuser weichen. Die sozialen Konflikte, die darin angelegt sind, verlaufen zumeist entlang ethnisch-politischer Linien. Traditionell wurde Jaffa von ärmeren und Mittelschichtsfamilien der arabischen Mehrheit bewohnt. Diese lebten in mehrgeschossigen Häusern in Drei-Generationen-Haushalten. Der arabisch geprägte Architekturstil der Häuser mit vielen kurzlebigen Materialien und die Fluktuation der Bewohner_innen machen regelmäßige Umbauten und Erneuerungen erforderlich, die die Bewohner_innen oftmals eigenmächtig vornehmen. Seit das Gebiet Teil des israelischen Staates ist, sind solche Arbeiten genehmigungspflichtig.⁷ Der arabische Teil der Bevölkerung hat jedoch, so die Erfahrung des PHC, kaum eine Chance eine Baugenehmigung zu bekommen. Auch konnten viele Hauseigentümer_innen nicht die nötigen Dokumente vorweisen, um zu belegen, dass es sich um ihr Eigentum handelt⁸ und damit ihre Häuser nicht vererben. Es gilt des Weiteren ein „schikanöses“ (so das PHC) *absentee property law*, welches es den Behörden möglich macht, Häuser, in denen die Besitzer_innen nicht anzutreffen sind, zu enteignen. Auf diesem Wege gelingt es Investor_innen Räumungen und Abrisse bewohnter Häuser zu erwirken, um darauf bauen. Die Neubauten richten sich zumeist an zahlungskräftige Kund_innen aus Tel Aviv und so entstanden Gated Communities, Einkaufszentren, Geschäftsgebäude und Luxus-Apartments.

Nach dieser ersten, ökonomischen Segregation folgt eine zweite, direktere: Die Vermietung neuer Bauprojekte geschieht bevorzugt an jüdische Israelis. Manche der Immobilienentwickler_innen kündigen offen an, nur an Jüd_innen vermieten zu wollen. Diskriminierungen bei der Mieter_innenwahl

⁷ Das israelische Rechtssystem stammt aus der zionistisch-sozialistischen Gründerzeit und besagt, dass Grund und Boden zunächst einmal dem Staat gehören. Die 93% des israelischen Bodens, die Staatseigentum sind, können nicht verkauft, sondern lediglich auf 99 Jahre beschränkt gepachtet werden.

⁸ Man bedenke hier das Alter der Stadt und die wechselnden Verwaltungszuständigkeiten im 20. Jahrhundert.

sind nach israelischem Recht nicht illegal. Auch hat sich die Infrastruktur inzwischen soweit geändert, dass es die verbliebenen arabischen Familien kaum schaffen eine arabische Schule oder eine Moschee zu erreichen. Für uns wurden die berichteten Veränderungen im Viertel durch zahlreiche Baustellen und eingezäunte Neubauten sichtbar. Dazwischen existieren nach wie vor arabische Straßenzüge, Geschäfte und Wohnhäuser.

Das PHC hat es sich zur Aufgabe gemacht die Diversität des Stadtteiles zu erhalten und das Wort für die angestammten Bewohner_innen zu ergreifen. Ein Großteil der Arbeit geschieht dabei vor Gericht. Oftmals gelingt es der Organisation im Eilverfahren Räumungsstopps zu erwirken, wenn Polizei und Bulldozer schon bereitstehen. Sie dient den Bewohner_innen aber auch als Plattform und zum Austausch. Letztlich will sie einen alternativen städtebaulichen Plan vorschlagen, der unter Mitwirkung und Berücksichtigung aller Bewohner_innen entsteht. Im wirtschaftsliberalen Israel einen Plan gegen ökonomische Interessen durchzusetzen ist kein leichtes Unterfangen und so sagte uns auch die Aktivistin: „We are mainly retarding the inevitable.“

Die Histadrut

Am folgenden Tag waren wir bei dem Gewerkschaftsdachverband, der Histadrut, eingeladen und sprachen mit Avital Shapira, der Vorsitzenden des Bereichs Internationale Beziehungen. Shapira kritisierte die soziale Kluft und dass der Staat einer der größten Profiteure prekärer Arbeit sei. Aber sie hob auch die Erfolge der Histadrut hervor, welcher es zuletzt gelungen war, staatliche Maßnahmen zur Integration von Menschen mit Behinderung zu lancieren und den Mindestlohn zu erhöhen.

Es dauerte nicht lange, bis Shapira auf die israelisch-palästinensischen Beziehungen zu sprechen kam. Infolge des Oslo-Vertrages wurde 1994 die Kooperation mit der *Palestinian General Federation of Trade Unions* (PGFTU) begonnen. Rund 40.000 Palästinenser⁹ gehen momentan einer

⁹ Die Zahl der legalen Arbeiter in Israel schwankt in Abhängigkeit davon, wie viele Arbeiterlaubnisse die israelischen Behörden erteilen. Bewerben können sich nur verheiratete, männliche Palästinenser über 24. Das größtenteils im Bausektor erwirtschaftete Einkommen ist für das strukturschwache Palästina von großer Wichtigkeit. Kritiker_innen sprechen jedoch auch

legalen Beschäftigung in Israel nach und fallen damit unter die Zuständigkeit der Histadrut, die den Rechtsschutz der Beschäftigten unentgeltlich für die PGFTU übernimmt. Für Shapira war all das Beweis, dass ihre Gewerkschaft es ernst meine mit der Versöhnung. Die regelmäßig stattfindenden Raketenangriffe und zuletzt auch vermehrt Terroranschläge von Palästinenser_innen stellen für sie einen Missbrauch dieses Vertrauensvorschusses dar. Wir bemerkten, wie die Gewerkschaftssekretärin jetzt in eine Verteidigungsrolle schlüpfte. Diese hatte sie, wie wir später erfuhren, auf zahlreichen internationalen Gewerkschaftskonferenzen angenommen: „International Union congresses feel like courts to us.“ Denn gerade europäische Gewerkschaften kritisieren Israel oft von der Warte der ‚klassischen Linken‘ als den imperialistischen Aggressor der Region. Zusehends wütender und zynischer schilderte Shapira den unbeholfenen Versuch einer dänischen Gewerkschaft, der West Bank zwei Feuerwehrgewerkschaften zu stiften. Auch an der *Boycott, Divestment and Sanctions-Bewegung* (BDS) übte sie starke Kritik. Die Forderung, Produkte aus den besetzten Gebieten zu boykottieren, führe letztlich dazu, dass Industrien ins Hauptland verlegt würden und Arbeitsplätze für Palästinenser verloren gingen.

Shapira erinnerte daran, dass die Histadrut sich für eine Zwei-Staaten-Lösung ausspricht und bevorzugt Arbeitskräfte aus Palästina als Gastarbeiter_innen gewinnen möchte. Nichtsdestotrotz merkte man ihr die Bitterkeit im Hinblick auf den regelmäßig neu aufflammenden Konflikt an. „We have learned that occupation leads to war but deoccupation has still left us with war.“ Die westliche Berichterstattung sei dabei Teil des Problems und im Vergleich zu anderen, deutlich größeren Auseinandersetzungen der Region überproportioniert. Insbesondere die Verwendung des Wortes Apartheid mache eine konstruktive Auseinandersetzung mit den politischen Ungleichheiten unmöglich.

davon, dass Israel damit ein Arbeitsmarktinstrument in der Hand halte, das es erlaubt, bei Bedarf große Zahlen ungelerner Arbeiter zu beschaffen, in Flautezeiten jedoch deren Arbeitslosigkeit außerhalb der eigenen Sozialsysteme zu halten.

Aufgewühlt von diesem emotionalen Plädoyer verließen wir das Histadrut-Gebäude und kehrten zurück in unser Hostel. Noch vor Mittag trafen wir uns mit Hagar, einer Sozialwissenschaftlerin, die für das Erscheinen des *Gender Index*¹⁰ verantwortlich ist. Dieser jährliche Bericht subsummiert die Geschlechterungleichheit und deren Entwicklung in Israel. Hagar stellte uns die Hauptergebnisse des Index von 2014 vor. Sie berichtete von der Schwierigkeit Genderungleichheit in Zahlen zu fassen, sie halte es aber für unerlässlich, da Politik sich zu einem großen Teil an Zahlen misst. Der Bericht orientiert sich dabei an denen anderer Länder.¹¹ Als zentralen Indikator der Ungleichheit nannte Hagar den Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen, der bei beachtlichen 32% liegt. Israel ist seit 2012 Mitglied der OECD und muss dieser statistische Daten bereitstellen. Vorher waren Gesamtaussagen über den Arbeitsmarkt schwierig, da der sehr große Arbeitgeber IDF keine Zahlen preisgeben wollte, um die genaue Truppenstärke Israels geheim zu halten.¹² Die Ungleichheit in Israel nimmt zwar nicht mehr zu, sie hat sich aber in vielen Bereichen, wie z.B. der Teilzeitarbeit, dermaßen gefestigt, dass ein Wandel ohne strukturelle Reformen kaum möglich ist. Einer der besagten Teile der Geschlechterungleichheit, die schwer zu erfassen sind, ist der hohe Druck, den die israelische Gesellschaft (und die jüdische sogar zunehmend) auf Frauen ausübt, eine Familie zu gründen und sich der Reproduktionsarbeit zu widmen. Als einzige westliche Industrienation hat Israel eine Nachwuchsrate von über drei Kindern.¹³ Dabei spielen nicht nur die ultraorthodoxen Familien mit durchschnittlich sieben Nachkommen, sondern auch ‚die gesellschaftliche Mitte‘ eine Rolle. Resultierend daraus arbeitet ein wachsender Teil der Bevölkerung Teilzeit, von zuhause aus oder gar nicht. Jede fünfte Frau in Teilzeitarbeit gab an, wegen des Status Hausfrau nicht

¹⁰ <http://www.vanleer.org.il/sites/files/product-pdf/The%20Gender%20Index202014%20%20final.pdf> (zuletzt eingesehen am 11.12.2015).

¹¹ Für Europa existiert das *Institute for Gender Equality* (EIGE), welches jährlich verschiedene Faktoren der Geschlechterungleichheit quantifiziert und so vergleichbar macht.

¹² Auch an der Geheimhaltung der Daten des Militärs zeigt sich, wie durchdrungen soziale und geschlechtliche Auseinandersetzung von dem Nahostkonflikt sind und wie sehr das Bedürfnis nach Sicherheit andere überlagert.

¹³ Vgl. *Gender Index 2014*, S. 28.

voll zu arbeiten.¹⁴ Offen blieb die Frage, auf welche Ursachen die wachsende Festlegung der Frau auf familiäre Aufgaben und der (nahegelegte?) Verzicht auf andere Formen der gesellschaftlichen Teilhabe zurückgehen. Nach diesem Gespräch nahmen wir den Bus nach Jerusalem, wo wir unsere Bleibe bezogen und die Altstadt kennenlernten.

Gender Studies in Palästina

Am Mittag des Folgetages holte uns ein Fahrer ab und wir fuhren erstmalig nach Ost-Jerusalem und damit in palästinensisches Gebiet. Unser Ziel war die einzige arabische Universität Jerusalems, die Al-Quds-University (AQU). Obwohl der Campus nur wenige Kilometer von der Innenstadt entfernt ist, fuhren wir über eine Stunde, um die komplizierte und weitläufige Sperranlage zu überwinden, die die Stadt in Ost und West trennt.

Das Befahren des Campus gestaltete sich tatsächlich schwieriger als der unproblematische Grenzübergang. Schließlich kamen wir dennoch am vereinbarten Raum an und man bat uns in einen Seminarraum. Wir waren mit Fadwa Al Labadi verabredet, die an der AQU den Fachbereich Gender Studies leitet. Nicht nur wir waren im Raum, sondern auch der Kurs, den sie normalerweise um die Zeit betreute. Der für uns ungewohnt lauten Lehrsituation zum Trotz begann Al Labadi die Unterrichtsstunde. Wir befanden uns im Einführungskurs Gender. Es handelte sich dabei um eine Veranstaltung für Studierende verschiedenster Fachrichtungen, die Gender Studies als gemeinsames Wahlpflichtfach absolvierten. Der Kurs wurde von ebenso vielen Studentinnen wie Studenten besucht und es war spannend, die Dynamik im Raum zu beobachten. Al Labadi verzichtete darauf die Studierenden in ihrem Meinungs austausch zu bremsen und so kam es bei den von ihr angesprochenen Punkten immer wieder zu Diskussionen. Oftmals verliefen die Streitlinien dabei zwischen männlichen und weiblichen Studierenden, wobei die die Gespräche energisch und dann teilweise auf schnellem Arabisch geführt wurden.

¹⁴ Vgl. ebd, S. 40.

Der B.A. Gender Studies befindet sich im Aufbau und soll 2016 beginnen. Die Etablierung des Faches erwies sich als harter Gang durch die Institutionen und wird von denselben Akteur_innen vorangetrieben, die auch eine Geschlechterquote für das Lehrpersonal durchsetzen wollen.¹⁵ Dabei sind die Kampfbedingungen schlechter als sie es einmal waren – in den 1980ern und 90ern gab es mehr palästinensische Aktivist_innen, die Gleichberechtigung forderten. Diese Forderung ist nach wie vor hochaktuell. Im Westjordanland gilt in Teilen noch das jordanische, koranorientierte Recht, welches Frauen eine deutlich schlechtere Rechtsposition zuweist. Scharia-Gerichte sind keine Seltenheit und Gerichtsprozesse sind stärker auf Restitution der Ehre der beteiligten Familien als auf Sanktionierung der Täter ausgelegt. Das führt dazu, dass sich Vergewaltiger mitunter Straffreiheit sichern, indem sie das Opfer heiraten. Frauen ist es nicht möglich sich gegen den Willen des Mannes scheiden zu lassen. Im Falle einer Scheidung gelten die Kinder grundsätzlich als dem Vater zugehörig.

Diese schwierige Ausgangssituation betrachten die Gender Studies der Al-Quds Universität zugleich als ihr Studienfeld und als Gegenstand der politischen Kämpfe. Al Labadi vermutet die Ursachen für die andauernde Unterdrückung der Frau auch in der langjährigen Repressionserfahrung der palästinensischen Gesellschaft: „Palestinians as a marginalised people tend to reproduce and accept certain injustices in their society.“

Perspektiven

Am späten Nachmittag fanden wir uns im *Willy Brandt Center* (WBC) ein, einem sozialdemokratischen Bildungs- und Friedensprojekt, welches sein Hauptquartier in Jerusalem mit Ausblick auf die Altstadt hat. Christoph stellte uns als Vertreter des WBC die Bemühungen vor, gemeinsame Aktivitäten für israelische und palästinische Jugendliche anzubieten. Die rechtlichen Bestimmungen erfordern von Palästinenser_innen eine Genehmigung, um Israel zu betreten. Andersherum ist es Israelis verboten die West Bank oder Gaza zu besuchen. Das WBC hat es sich aber zur Aufgabe gemacht,

¹⁵ Obwohl an der AQU 70% der Studierenden weiblich sind, trifft das auf unter 30% der Lehrenden zu, sagte uns Al Labadi.

Jugendlichen einen Blick auf die jeweils andere Perspektive zu ermöglichen. Denn trotz der Gespaltenheit der palästinensischen Gesellschaft und der Heterogenität der israelischen, haben sich aus Sicht des WBC zwei recht homogene Narrative etabliert, die uns Christoph darlegte. Viele jüdische Israelis betrachten den israelischen Staat als Schutzpatron des bedrohten jüdischen Volkes und sehen die Staatsgründung als direkte Folge der langen Judenverfolgung, insbesondere der Shoah. Der Anspruch auf das Land ist für sie ein historischer und die israelische Gesellschaft arbeitet kontinuierlich daran, diesen aufrecht zu erhalten. Die palästinensischen Nachbar_innen werden als gefährlich, unberechenbar und auch undankbar wahrgenommen, Friedensverhandlungen nutzten sie nur, wenn sie sie bräuchten, und Terror schürten sie, sobald sie es könnten.

Auf palästinensischer Seite herrscht das Narrativ der Nakba (Katastrophe) vor, welches die Staatsgründung Israels 1948 als Entrechtung und Vertreibung betrachtet. Manche Familien sind auch heute noch zerrissen zwischen israelischen Araber_innen, Bewohner_innen der Palästinensergebiete und Geflüchteten im Exil.¹⁶ Die einzigen Israelis, denen man begegnet, sind Soldat_innen oder Spezialkräfte bei der Aufstandsbekämpfung oder der Festnahme von Palästinenser_innen.

Diese sicherlich streitbare Einschätzung bildet das Fundament der Friedensarbeit des WBC. Christoph sagte uns, dass eine solche Arbeit nur unter Einschluss und Gleichbehandlung beider Perspektiven möglich sei und dass das WBC dementsprechend weiterhin auf der Suche nach rechtlichen Schlupflöchern sei, Vertreter_innen beider Lager an einen Tisch zu bekommen. Diese Konfrontation beider Perspektiven bedeutet letztlich ihr Aufbrechen. Wer das tut, gilt allerdings den zahlreichen Hardlinern als Verräter_in und begibt sich auf israelischer Seite ins Abseits und in Palästina sogar in Lebensgefahr.

¹⁶ Im Libanon leben seit über sechzig Jahren ca. eine Million Geflüchteten in Lagern, die sich inzwischen zu Ghettos verfestigt haben. Die abgeschotteten Lager beherbergen inzwischen Geflüchtete zumeist zweiter oder dritter Generation, die geduldet werden, aber nicht arbeiten oder das Lager verlassen dürfen. Kritiker_innen unterstellen dem Libanon die Fluchtproblematik zu zementieren und eine Integration zu verhindern, um die Geflüchteten als politisches Druckmittel auf Israel und die Vereinten Nationen zu erhalten. Der palästinensische Geflüchtetenstatus ist übrigens der einzige, der sich nach UN-Definition vererbt.

Umkämpfte Viertel

Wir begaben uns nach Silwan, südöstlich der Altstadt. Das alte Viertel blickt von unten auf die Al-Aqsa-Moschee sowie die Mauern der Altstadt und ist in den letzten Jahrzehnten Brennpunkt von Ansprüchen der Siedler_innen geworden. Es grenzt direkt an die Ausgrabungsstätte City of David, welche den wohl ältesten erhaltenen Teil von Jerusalem zum Vorschein bringen soll. Die Deutung der archäologischen Ergebnisse ist aber schon vor deren Erscheinen umstritten. Von palästinensischer Seite wird kritisiert, dass das Projekt vor allem der Legitimation der ohnehin schon starken Expansion jüdischer Bebauung im Süden Jerusalems dienen solle. Um die Auswirkung dieses Konfliktes zu erfassen, waren wir im Wadi Hilweh Stadtteilcenter in Silwan verabredet. Eine Vertreterin erklärte, dass die beste Maßnahme gegen die ökonomische und kulturelle Umwandlung des Viertels eine starke Gemeinschaft sei. Diese versucht das Center durch ein kulturelles und sportliches Angebot an die Kinder und Erwachsenen vor Ort zu erreichen. Es vernetzt von der Räumung Bedrohte und Betroffene und macht Pressearbeit. Nicht zuletzt bietet es Stadteinführungen für Gruppen an. Eine solche nahmen auch wir in Anspruch und erlebten das Nebeneinander der meist einfachen palästinensischen Familienhäuser und den Neubauten jüdischer Siedler_innen. Diese waren leicht zu erkennen, denn nahezu alle waren steil umzäunt und hatten die israelische Flagge hoch gehisst. Um viele patrouillierten schwer bewaffnete Wachen und manche hatten sogar Wachtürme auf dem Dach, aus denen Sicherheitsleute blickten. Auf der Straße standen ausgebrannte Autowracks, die einmal Siedler_innen gehörten. Inzwischen parken die Siedler_innen ihre Autos nur noch auf ihren Grundstücken. Zahllose Sicherheitskameras bezeugen die ängstliche Stimmung, die das ganze Viertel umgibt.

Verständnislos fragten wir, welche Menschen unter diesen Bedingungen hierher ziehen. Die Sprecherin erklärte, dass es oftmals Menschen unter ökonomischen Druck seien, denen jüdisch-nationalistische Stiftungen Geld oder geminderte Mieten anbieten, insofern sie bereit sind, als Speerspitze in arabische Viertel zu ziehen. Sie beziehen dann Häuser, die diese Stiftungen mit viel Aufwand und Druck erworben haben und verschanzen sich dort. Für uns war es immer noch schwer vorstellbar, dass sich Menschen mehr oder weniger freiwillig in diese Situation begeben.

Yad Vashem und Deutschland

Am Vormittag besuchten wir *Yad Vashem*, die israelische Shoah-Gedenkstätte. Der Komplex aus verschiedenen Erinnerungsstätten liegt am westlichen Stadtrand Jerusalems, wo die Stadt in wüste Täler übergeht. Herz des Ganzen ist ein einzigartiger Museumsbau. Das Museum ist ausgezeichnet geeignet, um eine jüdische und explizit zionistische Perspektive auf die Shoah zu verstehen. Als bedeutendsten Unterschied zur deutschen Erinnerungskultur habe ich wahrgenommen, dass die Ausstellung eben nicht mit dem 8. Mai 1945 endet, sondern sehr gut die Mischung aus Ratlosigkeit, Verzweiflung aber auch neuem Aktionismus in der Gemeinschaft der überlebenden Jüd_innen aufzeigt. Der Schwur von Buchenwald, magere, aber entschlossene Paare, die noch vor den Toren eines KZ heiraten sowie jüdische Musiker_innen sind auf Fotowänden nebeneinander gestellt. Auch die oftmals verschlungenen Wege der der Vernichtung Entkommenen und deren Perspektiven werden hier aufgezeichnet. Am Ausgang der Ausstellung fanden wir uns auf einer großen Terrasse mit Blick auf die Täler vor Jerusalem wieder. Die Symbolkraft der friedlichen Landschaft nach all den schrecklichen Bildern hätte nicht stärker sein können.

Im Willy Brandt Center hatten wir anschließend einen Workshop zum deutsch-israelischen Verhältnis. Vor allem fragten wir nach der Perspektive der israelischen Jugend. Das sehr wirtschaftsliberale Israel¹⁷ bietet jungen Menschen gerade in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs sehr wenig Sicherheit. Für viele junge Leute ist deswegen auch Emigration kein Tabu mehr. Noch häufiger als die USA sind dabei die europäischen Hauptstädte Ziel der Auswanderung. Und so tun viele junge Leute etwas, das für ihre Eltern- und Großelterngeneration undenkbar ist – sie ziehen nach Berlin, welches inzwischen eine kleine Szene an israelischen Übersiedler_innen hat. Dabei ist nicht nur der Übergang ins Land der Täter_innen ein Problem für jene, die sich dem Staat Israel verbunden fühlen. Auch fehlen die Leute

¹⁷ Ein älterer Gewerkschafter der Histadrut sagte uns zur Wirtschaftspolitik des Landes einmal: „Israel has undergone the Thatcherisation before Thatcher became Prime Minister“, und spielte damit auf die seit den 1977 vorherrschende Maxime der Privatisierung und Innovationsfixierung an.

in Israel. In der hebräischen Sprache wird Migration nach Israel wörtlich als Aufstieg, die Emigration als Abstieg bezeichnet, worin sich das Selbstverständnis des Landes zeigt. Reibung erzeugen dabei die widersprüchlichen Ideologien Israels: Der Zionismus gebietet, am Projekt Israel teilzunehmen, seine Kraft zu investieren und so einen vitalen, jüdischen Staat zu formen. Der vorherrschende Neoliberalismus zwingt die jungen Menschen flexibel und austauschbar zu sein und dahin zu gehen, wo sie gebraucht werden – so der Tenor unseres Workshops.

Gespräch mit der Fatah

Am Samstag fuhren wir nach Ramallah in der Westbank. Ziel war eine lautstarke Kundgebung mit Handwerksmarkt, der von der lokalen Fatah-Frauengruppe ausgerichtet war. Nachdem das Programm weitestgehend zu Ende war, gingen wir mit Maisoon Alquadoomi, der Vizevorsitzenden der Fatah-Frauen, in eine arabische Bar und hatten Zeit für ein Gespräch. Sie legte uns ihre Sicht auf die politische Lage Palästinas dar: Das Hauptproblem sei aktuell die fehlende Bewegungsfreiheit – die Zerfaserung des Landes durch Sperranlagen und Checkpoints erleben viele Palästinenser_innen als tägliche Schikane. Die Radikalisierung vieler Palästinenser_innen sei auf diese Behandlung und die grassierende Armut zurückzuführen. Die letzte relevante Kraft, die auf eine nicht gewaltsame Lösung setzt, sei die Fatah. Den Gazastreifen habe die Fatah an die Hamas verloren, als sich Scharon weigerte mit ersterer zu verhandeln. Palästina hat auf Drängen der Fatah als junges UN-Vollmitglied die Vereinten Nationen 2014 gebeten, die 1967 vereinbarten Grenzen durchzusetzen, außerdem solle die NATO die israelisch-palästinensische Grenze auf Menschenrechtsverletzungen überwachen. Ein weiteres Problem sei, dass es den Autonomiebehörden nicht möglich sei, frei über die Steuergelder zu verfügen. Hoffnung setzte Alquadoomi auf die Wahlen in Israel, bei denen die arabischen Splitterparteien von der Linken bis zu islamistischen Kräften erstmals auf einer gemeinsamen Liste antreten. Ziel sei es nun, die arabische Bevölkerung zu den Knesset-Wahlen zu mobilisieren, die sie

traditionell boykottieren.¹⁸ Außerdem habe sich mit dem IS ein gemeinsamer Feind der Israelis und Palästinenser_innen ergeben. Das sicherlich nicht unparteiische und zuweilen etwas selbstgerechte, aber doch sehr aussagekräftige Gespräch kippte, als ein Teilnehmer unserer Gruppe der Fatah vorwarf, bis heute weder die gewalttätigen Angriffe im Land im Griff noch einen glaubwürdigen Verhandlungspartner für einen Frieden mit Israel hervorgebracht zu haben. Noch bevor Alquadoomi darauf reagieren konnte, griff unsere Gruppenleiterin ein und bat darum, die Diskussion ohne derartige Angriffe zu führen.

Nach einem Gespräch mit der palästinensischen Gewerkschaft war das Programm unserer Reise zu Ende. Der Bus brachte uns zu unserem Hostel und am Folgetag flogen wir zurück.

Resümee

Im Rückblick lässt sich über diese Reise sagen, dass wir zu den Brennpunkten zahlreicher Auseinandersetzungen entlang der großen Konfliktlinien Race, Class, Gender gereist sind. In den meisten Fällen zeigte sich, dass der israelisch-palästinensische Konflikt diesen Auseinandersetzungen übergeordnet ist. Soziale Interessensgegensätze in Israel werden von der Integrationskraft des *Projektes Israel* überlagert und verlieren dadurch ihre Bedeutung. Im Falle der Gentrifizierung Jaffas und der Verdrängung in Silwan verlaufen die sozialen Trennlinien bereits entlang der ethnischen. Die weitreichende Emanzipation der LGBT-Community geschieht Hand in Hand mit der Formierung neuer Ausschlüsse. Die Unterdrückung der Frauen in Palästina wird mit der langjährigen Erfahrung von Unterdrückung begründet. Die Siedler_innenbewegung agitiert maßgeblich im sozial und ökonomisch abgehängten Teil der Gesellschaft. Selbst in der außerordentlich heterogenen israelischen Gesellschaft gibt es kaum einen Bereich, der nicht durchdrungen von der Gespaltenheit der Region ist. Die große Dichotomie versperrt den Blick auf all die anderen Kämpfe und Ungerechtigkeiten, aber auch Fortschritte.

¹⁸ Aus der Retrospektive lässt sich sagen, dass die Vereinigte Arabische Liste wenig Erfolg hatte. Aus den erhofften zehn bis zwölf Knesset-Setzen sind lediglich vier geworden. Jedoch ist es der Liste gelungen, sich oberhalb der hochgesetzten 3,25% Hürde zu positionieren.

Autor

Maximilian Busch studiert Medienwissenschaft an der Ruhr Universität Bochum. Der Artikel entstand aus einem Referat im Rahmen des Hauptseminars „Lektüre und Colloquium: Kulturwissenschaftliche Gender- und Queer Studies“ im Sommersemester 2015.

Kontakt: maximilian.busch@ruhr-uni-bochum.de